

Vorstand der ISOR e. V.:

Presseerklärung zur Rentenentwicklung

In Solidarität mit vielen Mitgliedern der Gewerkschaften, der Sozialverbände, in Seniorenvertretungen, in sozialen Vereinen und Parteien, vor allem aber mit großen Teilen der fast 20 Millionen betroffenen Rentner in der Bundesrepublik Deutschland protestieren wir entschieden gegen die vom Bundeskabinett sowie den Partei- und Fraktionsspitzen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 19.10.03 gefassten Beschlüsse zur erheblichen finanziellen Mehrbelastung der Rentner und faktischen Kürzung ihrer Altersbezüge, die bereits Anfang November 2003 im Bundestag behandelt werden sollen.

Das Aussetzen der Rentenanpassung und der damit entfallende Ausgleich für eine zu erwartende höhere und zudem verschleierte Inflationsrate, die geforderte Zahlung des vollen Beitrages für die Pflegeversicherung, die geplanten Terminverschiebungen für die Auszahlung der Renten, die rentenkürzende Einführung eines sogenannten Nachhaltigkeitsfaktors, die Abschmelzung der Rentenreserve auf 20 % einer Monatsausgabe und die längerfristig geplante Aberkennung von Ausbildungszeiten bei der Rentenberechnung stellen soziale Einschnitte dar, die wir – bei allem Verständnis für notwendige Reformen, die diese Bezeichnung auch verdienen – nicht akzeptieren können.

Unser Protest verstärkt sich auch noch deshalb, weil viele Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens, wie das Gesundheitswesen, die Energieversorgung, das Verkehrswesen, die Wohnungsverwaltungen, die Kultureinrichtungen und viele andere Dienstleister und Versorgungseinrichtungen angekündigt haben, ihre Preise, Tarife und Zuzahlungen nachhaltig zu erhöhen, was einer zusätzlichen Rentenkürzung gleichkommt.

ISOR e.V. vertritt ca. 26.000 Mitglieder, die den vier ehemaligen Sonderversorgungssystemen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR angehörten, die allesamt 10 % ihres Bruttogehaltes, wie auch ihr jeweiliger »Arbeitgeber«, in ihre Rentenversicherung eingezahlt haben.

Einem Teil der Betroffenen dieser Sonderversorgungssysteme (den sogenannten E 3-Gehaltsempfängern und ehemaligen Mitarbeitern

des MfS/AFNS) wird schon ihr gegenwärtiger Rentenanspruch um durchschnittlich 45 % gekürzt. Von der verkündeten Wertneutralität des Rentenrechts kann in diesem Zusammenhang wahrlich keine Rede sein.

Der Vorstand und die Mitglieder von ISOR e.V. kämpfen entschieden sowohl gegen den durch das Bundeskabinett gerade verkündeten Sozialabbau, speziell gegen die generelle Rentenkürzung, als auch gegen noch praktiziertes Rentenunrecht und vorhandene Versorgungsungerechtigkeiten im Osten Deutschlands.

Wir sind uns dabei mit den rund 250.000 in den 21 Verbänden des »Ostdeutschen Kuratoriums« organisierten Mitgliedern einig, die durch ihre Vertreter am 31.05.2003 in Dessau im »Ostdeutschen Memorandum 2003« zu den Renten nachdrücklich forderten:

1. Die Angleichung der Arbeitseinkommen und Renten im Osten an den Standard der alten Bundesländer bis zum Juni 2007.
2. Überführung bisher nicht abgegoltener Ansprüche aus ehemaligen Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung.

Der Vorstand von ISOR e.V. versichert allen vom geplanten Sozialabbau Betroffenen seiner uneingeschränkten Solidarität und wird diesbezügliche Protestaktionen aktiv unterstützen.

Berlin, 29.10.2003

Sind wir dagegen hilflos? von Wolfgang Stuchly

Es ist erschreckend, mit welchem Tempo die sonst so zögerliche rot-grüne Koalition versucht, das antisoziale Paket »Agenda 2010« zu schnüren, um möglichst schnell und noch weit weg von entscheidenden Wahlterminen für die politische Macht in Deutschland vollendete Tatsachen zu schaffen und am Wahltag möglichst gute Ergebnisse einfahren zu können.

Gute Ergebnisse also auf Kosten der unteren Zweidrittel der Gesellschaft in Ost und West zum Nachteil ihrer Löhne und Gehälter, ihrer Arbeitslosengelder und Sozialhilfen, ihrer notwendigen Gesundheitsleistungen, ihrer Versorgungsansprüche und Renten!

Und trotzdem glauben die Einpeitscher von Fraktionsdisziplin gegenüber »Abtrünnigen«, die »Beschwörer vom Untergang des Sozialstaates« und des »Verlustes des Wirtschaftsstandortes Deutschland« eine Wiederwahl in die Regierungsverantwortung nur dann zu erreichen, wenn das Land durch Sozialabbau auf breiter Front ökonomisch und finanziell stabilisiert wird, so dass die Unternehmergewinne weiter steigen können.

Verständlich, dass die Bosse der Unternehmerverbände zur »Agenda 2010« lautstark Beifall klatschen und weitere Schritte in diese Richtung fordern!

Und die Unionsparteien, die das Regierungsprogramm offiziell heftig kritisieren, um verloren gegangenes politisches Terrain – speziell auch im Osten – zurück zu erobern, wollen gleichzeitig aber mit dem »Herzog-Programm« den Betroffenen noch tiefer in die Taschen greifen.

Was also tun?

Lassen wir uns nicht noch weiter auseinander dividieren: Alte gegen Junge, Arbeitende gegen

► Fortsetzung auf Seite 2



Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Erfahrungen der TIG Berlin-Hohenschönhausen im Kampf gegen das Rentenstrafrecht

von Klaus Schlegel, Mitglied des Beirates und Vorsitzender der TIG Berlin-Hohenschönhausen

Wir sind mit unseren über 1350 Mitgliedern die zahlenmäßig größte TIG.

In den vergangenen Jahren haben wir eine Struktur aufgebaut, mit deren Hilfe wir uns aktiv in den Kampf gegen Rentenungerechtigkeit und Rentenstrafrecht einreihen.

Dazu gehört ein funktionsfähiger Vorstand mit 9 Mitgliedern ebenso wie 70 Betreuer, die nach territorialen Gesichtspunkten aufgeteilt und für die Betreuung einschließlich Kassierung der Mitglieder zuständig sind. Die TIG ist in 7 Bereiche unterteilt, in denen jeweils ein Vorstandsmitglied für die Anleitung der Betreuer verantwortlich ist. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, wenn diese Vorstandsmitglieder gleichzeitig auch Betreuer einer Gruppe sind, weil dadurch die eigene Erfahrung und damit mehr Sachkenntnis in die praktische Anleitung einfließen kann.

Natürlich entsteht bei unserer hohen Mitgliederzahl auch eine große Mitgliederbewegung durch Zugänge, Abgänge, Umzug usw. Auch hier hat sich bewährt, dass alle diesbezüglichen Aktivitäten durch ein Vorstandsmitglied zentral organisiert und rechnergestützt aufgearbeitet und verwaltet werden.

Einmal monatlich wird für Mitglieder der TIG von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr eine Sprechstunde mit dem TIG-Vorsitzenden, weiteren Vorstandsmitgliedern und einem Mitglied der AG Recht durchgeführt. Hier besteht gleichzeitig die Möglichkeit zur Beratung und für die Abrechnung der Beitragskassierung. Darüber hinaus werden Rentenberatungen nach Bedarf durchgeführt.

Neben individuellen Gesprächen erfolgen planmäßige Anleitungen der Betreuer jeweils im Frühjahr und Herbst durch zentrale Veranstaltungen.

Im Jahre 2002 fand eine Gesamtmitglieder-versammlung mit 620 Teilnehmern statt.

Ständig sind unsere aktiven Freunde in ihrer Freizeit ehrenamtlich unterwegs um etwas zu klären, zu informieren, zu beraten, einzuladen, **ISOR aktuell** zu verteilen oder Mitgliedsbeiträge zu kassieren. Viele davon sind bereits 70 Jahre und älter.

Man kann diesen Freundinnen und Freunden nicht genug danken, denn sie tun das uneigennützig, nicht nur für die Senioren, sondern auch für die jüngeren Mitglieder oder für solche ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe, die sich zu einer Mitgliedschaft noch nicht entschließen können, den Erfolg aber gern in Anspruch nehmen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die »Jüngeren« auch zu der Erkenntnis kämen, nicht zu warten bis die

»Alten« den Kampf erfolgreich beendet haben. Wollen wir uns damit abfinden, dass unser Einkommen bei der Rentenberechnung nur zum Teil berücksichtigt wird und wir deshalb eine gekürzte Rente erhalten?

Nein, wir müssen um das kämpfen, was uns zusteht. Dazu brauchen wir jeden.

Manchmal wird gefragt, ob sich der große Aufwand lohnt, ob wir denn wirklich noch eine echte Chance haben. Dazu kommt die berechtigte Sorge, ob wir ausreichend Mitglieder haben, die alle Betreuungsaufgaben weiterführen, weil die Älteren es möglicherweise nicht mehr erleben und die Jüngeren dafür zu wenig Bereitschaft und Interesse zeigen.

Einzelne meinen, die finanziellen Beiträge für die ISOR-Mitgliedschaft würden sich nicht rechtfertigen. Hier sei erinnert, dass allein der erkämpfte Zuwachs von 0,7 auf 1,0 Entgelt-punkt bei nur 10 Dienstjahren monatlich das ca. 26fache des Mitgliedsbeitrages ausmacht. Bei 30 Dienstjahren sind das bereits 79 mal so viel. Und das gilt für alle, ob sie jetzt Rentner sind oder es irgendwann werden.

Der weitere Kampf gegen Rentenungerechtigkeit und gegen das Rentenstrafrecht ist schwer, aber nicht aussichtslos. Es gibt deshalb keinen Grund, auf halbem Weg stehen zu bleiben und auf berechnete Ansprüche zu verzichten.

Mit dem 2. AAÜG-Änderungsgesetz vom 27. Juli 2001 kamen Bundesregierung und Gesetzgeber nur dem vom Bundesverfassungsgericht geforderten Minimum nach. Wir fordern, dem BVerfG-Urteil vom 28.04.1999 folgend, das Rentenstrafrecht endlich zu beseitigen. Das ist nicht nur durch rechtliche Schritte, sondern auch vor allem durch intensiven politischen Druck der Betroffenen erreichbar. Ein wirksames Mittel dafür ist die Beteiligung an Veranstaltungen und Protestaktionen gegen Rentenungerechtigkeiten, Rentenkürzungen und jeglichen Sozialabbau. Auch schriftliche Proteste an Politiker, den Petitionsausschuss des Bundestages u.a. sind nach wie vor dringend notwendig. Generell sollte gelten:

Selbst mitmachen!

Andere mitreißen und überzeugen!

Wir haben gute Freunde, die den Kampf mit uns gemeinsam führen, u.a. die Mitglieder des GBM-Ortsverbandes, der GRH und der Kameradschaft des Deutschen Bundeswehrverbandes.

Mehrmals im Jahr führten und führen wir gemeinsame Veranstaltungen durch, wie z.B. Buchlesungen, zur Gesundheitsreform mit Ingeborg Simon, zum AAÜG-Änderungsgesetz, zur Dessauer Konferenz und dem Ostdeutschen Memorandum 2003 mit Prof. Dr. Ernst

Bienert und Dr. Gerhard Dylla erst am 13.10.03. Darüber hinaus ist unsere TIG in der Seniorenvertretung des Stadtbezirkes durch ein Vorstandsmitglied ständig vertreten.

Immer häufiger erhalten unsere ehemaligen Angehörigen der Sonderversorgungssysteme Bescheide von den jeweiligen Versorgungs- oder Rentenversicherungsträgern, woraus sich Handlungsbedarf (Widerspruch, Klage) ergibt. Hier kann Inaktivität oder falsche Reaktion zu erheblichen Nachteilen für die Betroffenen führen. Das betrifft vor allem auch Nichtrentner. Wir begrüßen deshalb den Schritt, Mitglied von ISOR zu werden und unsere Beratung und Hilfe in Anspruch zu nehmen. Niemand hat hier etwas zu verschenken, auch nicht durch rechtliche Inaktivität. Erfreulicherweise haben wir in diesem Jahr bisher 21 neue Mitglieder aufgenommen. In diesem Zusammenhang gilt ein besonderer Dank den Rechtsanwälten Bleiberg und Schippert sowie den Mitarbeitern des Anwaltsbüros für die ständige Hilfe und Unterstützung.

Wir müssen uns künftig noch stärker bemühen, die Erkenntnis zu vermitteln, dass nicht nur die heutigen, sondern vor allem die künftigen Rentner die eigentlichen Nutznießer unseres Kampfes sind. Denken wir daran, der letzte Rentnantrag ehemaliger MfS-Mitarbeiter wird erst im Jahre 2036 gestellt.

Unsere Chance besteht in der konsequenten Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel und Möglichkeiten und einem auf breiter Basis geführten politischen Kampf. **Wir müssen dieser Willkür noch mehr Widerstand entgegensetzen, nur so werden wir unser Ziel erreichen.**

► *Fortsetzung von Seite 1*

Sind wir dagegen hilflos?

Arbeitslose und Sozialempfänger, Ossis gegen Wessis, Deutsche gegen Ausländer.

Stehen wir zusammen, überwinden wir Vorurteile, schaffen wir Kontakte zueinander und handeln wir miteinander, lassen wir uns nicht täuschen über Ursachen und Wirkungen sozialer Prozesse. Die 21 Verbände des Ostdeutschen Kuratoriums haben mit dem »Ostdeutschen Memorandum 2003« und ihrer Resolution »Dem Osten eine Zukunft« Zeichen gesetzt.

Das Konzept »Agenda sozial« der PDS ist eine echte und vernünftige gesamtdeutsche Alternative. Die Demonstration am 1. November in Berlin hat den Willen vieler Betroffener deutlich gezeigt – auch unseren, liebe ISOR-Mitglieder. Wir gehören dazu!

Bei anderen gelesen

Unter dem Titel »Unser Standpunkt: Gespräche sind notwendig« wird im »**Spätsommer**« Verbandsjournal der Volkssolidarität Nr. 5/03 u. a. ausgeführt:

Tagtäglich erfahren wir, dass die Lebenssituation der heutigen und zukünftigen Rentnergeneration im Osten mit der Agenda 2010 komplizierter wird.

Nein, es gibt andere Alternativen. Die Volkssolidarität setzt sich ein für

- *eine Bürgerversicherung, der alle Bürgerinnen und Bürger ab dem 18. Lebensjahr angehören sollen. Durch die Einbeziehung aller soll mehr Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit gesichert werden.*
- *eine sozial gerechte Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, indem auch Einkünfte aus Kapitalvermögen, Mieten und Pachten in die Beitragserhebung einbezogen werden. Die paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber soll beibehalten werden.*
- *sozial gerechte und zukunftsfähige Lösungen bei der Rente. Wenn alle einzahlen und Beamtenpensionen in die gesetzliche Rente überführt werden, hat die gesetzliche Rente*

eine Zukunft. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre lehnen wir ab.

- *Rentengerechtigkeit in den neuen Bundesländern, insbesondere die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West.*
- *ein Bundesseniorenvertretungsgesetz, damit die Entscheidungen nicht über unsere Köpfe hinweg getroffen werden.*

★

In zahlreichen Medien wird z.Zt. der Eindruck vermittelt, als stünden die Länder und Gemeinden im Osten vor dem Aus, weil die Belastungen der Haushalte durch die Ansprüche aus DDR-Sonder- und Zusatzrentensystemen ständig zunehmen. Dadurch könnten geplante Investitionen nicht erfolgen, was wiederum die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindere, ja sogar den Abbau noch vorhandener Stellen verursache.

Der Rentenexperte **Prof. Dr. Ernst Bienert** hat in einer Leserschrift (ND vom 7.10.03) seine Einschätzung dazu deutlich formuliert: ... Zu diesem Problem muss nochmals wiederholt werden, dass weder Bund noch Länder heute einen einzigen Euro für DDR-Zusatz- oder Sonderversorgungen zahlen. Diese DDR-Versorgungen sind bekanntlich mit der Rentenüberleitung 1992 beseitigt worden und an

ihre Stelle sind ganz normale Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung getreten. Im Unterschied zu den alten Bundesländern gibt es im Osten keine Zusatzversorgungen mehr, und das BVerfG hat diese Enteignung sogar als verfassungsgemäß bezeichnet!

Was soll also ständig das Gerede über zu hohe Lasten zur Finanzierung von Zusatzrenten aus DDR-Zeiten? Wo keine Zusatz- und Sonderrenten mehr bestehen, können auch keine Finanzlasten dafür entstehen. 13 Jahre nach dem Anschluss der DDR wird immer wieder neu die Lüge über eine angebliche Besserstellung und über angebliche Privilegien der DDR-Elite aufgewärmt. Immer wieder wird versucht, einen Widerspruch zwischen »bessergestellten« Sonderrentenempfängern und den normalen Rentnern zu konstruieren...

Ob die Lasten neu verteilt werden, sollte den ostdeutschen Rentnern eigentlich egal sein. Sie haben einen Anspruch auf ihre Renten. Nicht egal ist es aber, dass mit diesen Diskussionen immer wieder davon abgelenkt wird, dass noch immer Zehntausende DDR-Bürger ... vom Rentenstrafrecht betroffen sind und die längst fällige Rentenangleichung Ost an West so lange hinausgeschoben wird, bis kein DDR-Rentner mehr lebt.



**Aus unseren
TIG**



Die Mitglieder der TIG **Wolgast/Insel Usedom** haben sich im Oktober erneut zusammengefunden, um gemeinsam mit unserem Freund Horst Hartrampf (Mitglied des Vorstandes der ISOR e.V.) die aktuelle Lage in unserem weiteren Kampf um die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechtes zu erörtern und unseren Mitgliedern eine Orientierung zu geben für weitere Aktivitäten.

Wir sind uns darüber klar geworden, dass die gegenwärtigen Bemühungen der großen Volksparteien im Bundestag, sich gegenseitig zu überholen beim Um- und Abbau des Sozialstaates Deutschland auf Kosten der kleinen Leute in diesem Land, zum Zusammenbruch des gesamten auf Solidarität der Generationen ausgerichteten Sozialsystems führen kann und für unseren Kampf wesentlich schwierigere und kompliziertere Bedingungen mit sich bringen.

Ich schlage unseren Mitgliedern vor, bei den kommenden Europa-, Landes- und Kommunalwahlen daran zu denken, wer unsere aktivsten Freunde sind in unserem Kampf, auch wenn wir uns derzeit keine Illusionen zu machen brauchen hinsichtlich der kurzfristigen Erreichung unserer Ziele. Denjenigen Mitgliedern in unserem Verband, die zu resignieren

beginnen, die schon ausgetreten sind oder demnächst austreten wollen, da ihnen »die Mitgliedschaft angeblich nichts mehr bringe, da ihre Rentenproblematik ja geklärt sei« usw. möchte ich sagen: Solidarität ist wichtig! Solidarität mit den vielen noch abgestraften Mitgliedern unseres Verbandes! Solidarität war uns immer wesenseigen, wir kennen ihre Bedeutung. Oder wollt Ihr zulassen, dass sich für die derzeit Herrschenden in unserem Land die uralte Lehre vom »Teile und Herrsche« erneut bewährt? Es kommt auf jeden einzelnen an in unserem politischen und juristischen Kampf. Wir haben unseren Mitgliedern in der Beratung folgende Orientierungen mit auf den Weg gegeben:

- Nicht den Mut verlieren; den Solidaritätsgedanken in den Mittelpunkt stellen; Optimismus ausstrahlen, den Mitgliederbestand zusammenhalten, auch durch geeignete gesellige Maßnahmen im kleineren Bereich.
- Den politischen und den juristischen Kampf stets als wechselseitige Einheit betrachten und praktizieren. Dazu auch an die Öffentlichkeit gehen, sich in Gesprächen mit Bekannten und Freunden, in Vereinen u.a. sich als ISOR-Mitglied bekennen und unser gerechtes Anliegen erläutern.

- An politischen Protestaktionen gegen Sozialabbau auch persönlich teilnehmen.

► Möglichkeiten suchen, mit anderen Sozialverbänden, die ähnliche Interessen verfolgen und unseren politischen Zielen aufgeschlossen gegenüberstehen, ins Gespräch zu kommen. Aber auch diejenigen unterstützen, von denen man Hilfe erwartet und bekommt.

- Sich auch persönlich mehr trauen als ein noch vom Rentenunrecht Betroffener, mit Stellungnahmen, Lesermeinungen, Erklärungen u.a. an Presse, Politiker, Abgeordnete usw. zu wenden, d.h. nicht nur darauf zu warten, dass andere Freunde dies tun. **Volker Sachse**

★

Unter dem Thema »Die Chancen unseres Landes für eine bessere Zukunft, wie werden wir sie nutzen?« fand am 1. Oktober in **Rostock**, gemeinsam vorbereitet durch die GBM, den BRH, den DBwV, die Volkssolidarität, unsere TIG und andere Verbände und Organisationen, eine Veranstaltung zur Bekanntmachung und Auswertung des Ostdeutschen Memorandums 2003 statt.

Als Referent und Diskussionspartner konnten wir den stellv. Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Prof. Dr. Wolfgang Methling, gewinnen.

Seine Ausführungen widerspiegeln sehr aufschlussreich die derzeitige Situation zur Lösung sozialer Belange. Er verwies auf die Kompliziertheit, ihrem weiteren Abbau erfolgreich entgegen zu steuern. Hoffnungslosigkeit sei

jedoch fehl am Platz. Proteste, gemeinsam getragen durch Organisationen und Verbände, sind mehr als nur die Möglichkeit, die Politiker auf die Situation und Probleme Betroffener aufmerksam zu machen. Teilnehmer dieser sehr gut besuchten Veranstaltung unterstützten in ihrer Diskussion die dringende Notwendigkeit dieser Gemeinsamkeit.

Auf Initiative der GBM beraten wir erneut am 4. November über weitere Schritte zur Auswertung der Dessauer Konferenz. Wir betrachten nicht nur diese Gemeinsamkeit als einen Weg, unser Recht einzufordern.

Helmut Grohmann

★

Im Juni d.J. fand sich im **Schweriner Schloss** (Sitz des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern) unter der Schirmherrschaft der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) das Altenparlament zusammen. Eine Institution, die sich aus Vertretern verschiedener Sozialverbände, Seniorenorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen des Landes zusammensetzt und alle 2 Jahre tagt.

In diesem Jahr bereits zum 3. Mal, aber auch wieder mit einer Vertretung der ISOR.

Dass dieses Altenparlament nicht einfach zu übergehen ist, kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Sozialministerin, Dr. Marianne Linke, sowie jeweils Vertreter der Fraktionen von SPD, CDU und PDS des Landes anwesend waren und in Begrüßungsreden den Forderungen der Senioren ihre Unterstützung zusagten.

Sachkundig und engagiert wurde dann in entsprechenden Arbeitskreisen über 4 aktuelle Themen beraten:

Gesundheitsreform/Renten Anpassung/ Absicherung der Pflege und seniorengerechtes Wohnen/Bürgerschaftliches Engagement.

Von besonderem Interesse für mich als ISOR-Vertreterin war natürlich die Problematik der Renten Anpassung Ost an West sowie die Forderung nach Schließung der Gerechtigkeitslücken bei der Überleitung der DDR-Renten in bundesdeutsches Recht. Diese Forderung betonte nicht nur Heinz Rösel als Vorsitzender des Landesseniorenbeirates und Mitorganisator des Altenparlaments sondern ihr wurde auch in einer Resolution Nachdruck verliehen.

Gemeinsam mit den von den Delegierten gefassten Beschlüssen zu den obigen Themen wurde die Resolution der Landesregierung sowie dem Landtag übergeben mit der Aufforderung, dies alles im Interesse der älteren Menschen in aktive Politik umzusetzen.

Carmen Weinkauff, Schwerin

★

Die TIG **Wurzen** übersandte der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Frau Ulla Schmidt, ein Protestschreiben, in dem es u.a. heißt:

Wir ... protestieren auf das Schärfste gegen die geplanten Maßnahmen des Sozialabbaues,

wie es in den Vorschlägen der Rürup-Kommission festgeschrieben ist. Nahezu nach 13 Jahren Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik Deutschland gibt es immer noch keine Angleichung der Tarife und Renten an den Standard in den alten Bundesländern. Jede Erhöhung müssen wir aber in allen Fragen mittragen. Weder die Kohlregierung noch die gegenwärtige Regierungskoalition unter Bundeskanzler Schröder haben ihre Wahlversprechungen gehalten. Auch die vom Kanzler Schröder unter der Bezeichnung »Chefsache Ost« versprochenen positiven Veränderungen in den neuen Bundesländern trafen nicht ein, im Gegenteil es ist alles noch viel schlimmer geworden. Die Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung in den neuen Ländern ist gegenwärtig erneut rückläufig. Auch die Rentner spüren das. Trotz der Renten Anpassung von 2,16 % für die alten und 2,89 % für die neuen Bundesländer zum 1. Juli 2002 bleibt der reale Abstand der Rentenzahlungsbeträge pro Entgeltpunkt weiterhin um 3,16 EURO hinter dem Wert für die alten Bundesländer zurück. Bei der endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts geht es um mehr als Zahlungsbeträge für Renten. Es geht um die Herstellung des »inneren Friedens« durch Beendigung des Kalten Krieges und auch darum, ob elementare Prinzipien des Grundgesetzes (Gleichheit vor dem Gesetz, individuelle Prüfung von Schuld, Verbot willkürlicher Eingriffe in Eigentumsansprüche u.v.a.m.) für eine beachtliche Menschengruppe von ca. 200.000 Personen pauschal und weit über das Jahr 2030 hinaus außer Kraft gesetzt werden. Deshalb muss sich die Bundesregierung in Vorbereitung der Landeswahlen 2004 schnellstens entscheiden wohin sie tendiert. Jede Verärgерung könnte eine Verluststimme bedeuten. Deshalb verlangen wir ... von der Regierung eines Rechtsstaates gleiche Behandlung nach dem Grundgesetz.

★

Unter der Überschrift »Solidarprinzip erhalten und bezahlbar machen« berichtete die Ohrekreis Volksstimme vom 11. Oktober 2003 über eine Versammlung der TIG **Wolmirstedt**.

»An Gesprächsstoff fehlte es nicht,« heißt es in dem Beitrag von Edgar Seelandt, »als sich in dieser Woche die Wolmirstedter ISOR-Gruppe ... zu ihrer turnusmäßigen Mitgliederversammlung traf. Eingeladen hatte der Vorstand dazu die Abgeordnete des Deutschen Bundestages der SPD, Waltraud Wolff. Und wie konnte es aus aktuellem Anlaß auch anders sein: Die »Agenda 2010« – das von der Bundesregierung breitgefächerte Reformsystem – stand im Mittelpunkt der Gesprächsrunde.

Waltraud Wolff verschwieg dabei auch nicht, dass sie es sich in ihrer bisherigen Fraktionsarbeit im Bundestag nicht immer leicht gemacht habe, wenn es darum ging, etwas für die Menschen zu erstreiten, vor allem auch kri-

tisch dafür einzustehen, wo manches nachbesserungswürdig ist. »Mein Standpunkt ist und bleibt: Wir müssen uns das Solidarprinzip erhalten und es auch weiterhin für alle bezahlbar machen.«

Wiederholt wurde in der Diskussionsrunde die Meinung ins Feld geführt, dass zum Beispiel die angedachte Reform des Rentensystems zu einem empfindlichen Sozialabbau führen würde. Und das die ISOR-Mitglieder hier besonders empfindlich reagieren. Ist sicherlich auch zu verstehen. Noch immer müssen sie sich gegen bestehende Rentenungerechtigkeiten und Versorgungsbenachteiligungen wehren ... »Man muß den Sack endlich aufmachen und das Problem klären«, so Waltraud Wolff. »Die Kohl-Regierung hätte in den neunziger Jahren dafür viel Zeit gehabt, aber sie schob das immer vor sich her.«

Vorsitzender Hugo Dietl bedankte sich bei der Bundestagsabgeordneten und wünschte ihr weiterhin viel Standhaftigkeit in der künftigen Fraktionsarbeit und das mit dem Ziel vor Augen, stets der Gerechtigkeit gegenüber den Menschen verpflichtet zu sein.«

★



Am 24. Oktober 2003 feierte bei guter Gesundheit unser langjähriges Mitglied

Helmut Wenzel

aus der TIG Berlin-Hohenschönhausen seinen 100. Geburtstag. Der Vorstand der ISOR e.V. und der Vorstand der TIG überbrachten dem Jubilar gemeinsam mit jeweils einem Glückwunschschreiben und einem kleinen Präsent die herzlichen Grüße und besten Wünsche für weiterhin gute Gesundheit.

Der frühere Volkspolizist ist am täglichen Geschehen immer noch aktiv interessiert und nimmt auch noch regelmäßig an der Gymnastikgruppe seines Seniorenheim teil.

Der Jubilar bedankte sich für die vielen guten Wünschen und bat, Grüße an alle ISOR-Mitglieder zu übermitteln.

Hans-Peter Speck

Die AG Recht informiert:

Ansprüche auf jetzt mögliche weitere Rentennachzahlung aktiv verfolgen

In **ISOR aktuell** 8/03 hat die Arbeitsgruppe Recht auf die Möglichkeit weiterer Rentennachzahlungen aufmerksam gemacht. Grundlage dafür ist ein Urteil des Bundessozialgerichts vom 14.05.2003.

Voraussetzung dafür ist, dass der **Rentenbescheid** über die erstmalige Bewilligung einer Rente durch die BfA, LVA usw. (Erstrentenbescheid) am 28.04.1999 **noch nicht bestandskräftig** war.

In den Fällen, in denen der **Entgeltbescheid** am 28.04.1999 **nicht bestandskräftig** war, ist die Nachzahlung bereits erfolgt. Wenn sowohl der **Entgeltbescheid** als auch der **Erst-**

rentenbescheid am 28.4.1999 bestandskräftig waren, ist eine Nachzahlung **nicht möglich**.

Der ISOR-Vorstand hat mit einem Brief an den Geschäftsführer der BfA, Herrn Michaelis, auf die baldige Neuberechnung und Nachzahlung der Renten gedrängt. Die Grundsatzabteilung der BfA hat daraufhin geantwortet.

In ihrem Antwortschreiben hat sich die BfA festgelegt, dass nach dem Urteil des BSG vom 14.05.2003 auch die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS mit einer Nachzahlung unter den oben genannten Voraussetzungen rechnen können.

Den ehemaligen Angehörigen der NVA, des MdI und der Zollverwaltung hat die BfA die Erledigung ihrer Nachzahlungsansprüche für Januar 2004 in Aussicht gestellt. Die Vorbereitung des dazu notwendigen maschinellen Ver-

fahrens kann diese zeitliche Verzögerung noch rechtfertigen, wenn die Zusage gehalten wird.

Die Neuberechnung der Renten der ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS muss dagegen aus technischen Gründen von der zuständigen Sachbearbeitung veranlasst werden. Dort liegen die Anträge entsprechend der Empfehlung in **ISOR aktuell** 8/2003 bereits vor.

Nach den Anträgen aufgrund der Empfehlung in **ISOR aktuell** 8/03 sind die Rentenversicherungsträger in der gesetzlichen Pflicht, die Nachzahlung innerhalb von 6 Monaten zu erledigen.

Daran sollten ab Dezember diesen Jahres die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS nochmals schriftlich erinnern. Wir empfehlen dazu folgendes Schreiben:

► **Fortsetzung auf Seite 6**

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 96. Geburtstag:

Bruno Mallwitz, Eisenhüttenstadt

zum 92. Geburtstag:

Hans Kohoutek, Berlin-Hohenschönhausen

Lucie Raasch, Berlin-Prenzlauer Berg

zum 90. Geburtstag:

Günter Vehres, Berlin-Weißensee

Hildegard Kaufmann, Chemnitz

Marianne Vogel, Gera

zum 89. Geburtstag:

Gerda Vincenz, Berlin-Treptow

zum 86. Geburtstag:

Elfriede Guhlemann, Rostock

Lotte Märtens, Magdeburg

Ernst Neubert, Cottbus

Walter Voigt, Plauen

zum 85. Geburtstag:

Emmi Fischer, Potsdam-Babelsberg

Hubertus Gast, Berlin-Marzahn

Werner Heinke, Potsdam-Babelsberg

Helmut Janek, Jena

Werner Roth, Berlin-Treptow

Günter Simon, Berlin-Hohenschönhausen

Charlotte Walter, Mittweida/Hainichen

zum 80. Geburtstag:

Gertrud Ehrig, Zwickau

Walter Eigener, Berlin-Marzahn

Martha Gittel, Gräfenhainichen

Günter Gräser, Chemnitz

Werner Heimer, Vacha

Gerhard Heitmann, Rostock

Curt Kramer, Zwickau

Herta Martin, Berlin-Karlshorst

Hans-Jürgen Thon, Erfurt

Dr. Eberhard Werner, Magdeburg

Ilse Wittig, Berlin-Hohenschönhausen

Erich Zöllner, Vieselbach

zum 75. Geburtstag:

Erich Bergmann, Berlin-Friedrichsfelde

Marianne Bethke, Berlin-Treptow

Christa Bickel, Berlin-Friedrichshain

Werner Böhme, Gerbstedt

Horst Boldt, Berlin-Köpenick

Gerd Bräuer, Berlin-Lichtenberg

Isolde Clauß, Cottbus

Dr. Erich Falz, Zwickau

Dr. Bruno Fechner, Berlin-Pankow

Hans Fiedler, Berlin-Friedrichsfelde

Hans Fischer, Dresden

Rudi Fischer, Sangerhausen

Fred Fleischer, Berlin-Treptow

Friedrich Fritzlar, Bernau

Kurt Fünk, Berlin-Friedrichsfelde

Manfred Gerstung, Andernach

Otto Gutmann, Berlin-Hohenschönhausen

Wolfgang Hänel, Dresden

Christine Harenz, Magdeburg

Manfred Hause, Halle

Heinz Häusler, Eisenach

Elfriede Heinrich, Mahlow

Hans-Joachim Heinrich, Borkheide

Hellfried Hempel, Sassnitz

Horst Hesselbarth, Guben

Rudi Hinrichs, Oranienburg

Edgar Hoch, Sondershausen

Rolf Höhndorf, Löbau

Georg Hofmann, Dresden

Heinz Horn, Dresden

Karl-Heinz Kehnappel, Greifswald

Kurt Knobloch, Berlin-Mitte

Margarete Kormann, Magdeburg

Hans Liebing, Berlin-Friedrichsfelde

Ingeborg Luthardt, Berlin-Lichtenberg

Karl Heinz Matthes, Leipzig

Gerhard Meier, Dresden

Rudolf Meinig, Chemnitz

Erich Mischorr, Rostock

Werner Möhring, Guben

Anni Müller, Berlin-Friedrichshain

Hubert Müller, Aschersleben

Sonja Müller, Potsdam-Babelsberg

Günter Murawski, Berlin-Köpenick

Rosa Neumann, Rostock

Waltraud Neuner, Berlin-Friedrichsfelde

Helmi Panse, Berlin-Karlshorst

Heinz Papenfuß, Greifswald

Ilse Peters, Berlin-Marzahn

Adelheid Petzold, Dresden

Günter Pirschel, Berlin-Marzahn

Hubert Pika, Berlin-Friedrichsfelde

Inge Ramin, Güstrow

Manfred Richter, Zittau

Lothar Roesler, Potsdam Zentrum-Ost

August Romahn, Ballenstedt

Johann Rosotta, Neustrelitz

Helga Rulff, Dessau

Werner Schilling, Potsdam Zentrum-Ost

Maria Schluffer, Halle

Ursula Schollbach, Stralsund

Roland Schulze, Berlin-Pankow

Ruth Schwemmer, Pirna

Manfred Seidel, Berlin-Hohenschönhausen

Peter Solbrig, Klingenthal

Rolf Stange, Leipzig

Charlotte Stenczel, Potsdam Zentrum-Ost

Rudi Strobel, Berlin-Friedrichsfelde

Joachim Theisinger, Cottbus

Rolf Träger, Dresden

Horst Valentin, Berlin-Köpenick

Karl-Heinz Wagner, Berlin-Köpenick

Klaus Weigmann, Berlin-Pankow

Waldemar Weiß, Osterburg

Helmut Werner, Neubrandenburg

Horst Wiedenhaupt, Mellensee

Helmut Will, Berlin-Hohenschönhausen

► Fortsetzung von Seite 5

Absender Datum

BfA
Ruhrstr. 2
10704 Berlin

(ggf. Adresse des zuständigen
 Rentenversicherungsträgers)

Versicherungsnummer:

Sehr geehrte Damen und Herren,
 mit Schreiben vom ... 2003 habe ich die
 Neuberechnung und Nachzahlung meiner
 Rente aufgrund des Urteils des BSG vom
 14.05.2003 (B 4 RA 65/02 R) beantragt.
 Ihrer Bitte um Geduld wegen der notwen-
 digen Ordnung Ihres Verfahrensentspreche
 ich dahingehend, dass ich bis
 zum Ablauf von 6 Monaten nach meinem
 oben genannten Antragsschreiben die Neu-
 berechnung und Nachzahlung meiner Rente
 aufgrund des § 7 Abs. 1 Satz 1 iVm Anlage 6
 AAÜG idF 2. AAÜG-ÄndG auch für Zeiten
 vor dem 01.05.1999 erwarte (§ 88 SGG).

Mit freundlichen Grüßen
 Unterschrift

Wegen der Zusage der BfA, die Renten der
 ehemaligen Angehörigen der NVA, des Mdl
 und der Zollverwaltung im Januar 2004 neu zu
 berechnen und nachzuzahlen, sind in diesen
 Fällen Erinnerungsschreiben nicht erforderlich.

Die Revisionskommission teilt mit:

Am 13. 08. 2003 führte die Revisionskommission ihre planmäßige Kontrolle der Finanzunterlagen beim Vorstand der ISOR e.V. für das 1. Halbjahr 2003 durch. Es wurden alle baren und unbaren Belege dieses Zeitraumes geprüft. Dem Vorstand konnte eine ordnungsgemäße Finanzarbeit entsprechend der Satzung, der Finanzordnung sowie der Beitrags- und Spendenordnung bestätigt werden.

Alle Halbjahresabrechnungen der TIG's wurden vollständig und entsprechend der ab 01. 03. 2003 gültigen Finanzordnung in das Hauptbuch beim Vorstand der ISOR e.V. übernommen. Alle ausgewiesenen Konten stimmten im Soll und Ist überein.

Bestandteil der Kontrolle war u.a. auch die dokumentarische Erfassung aller eingereichten Kassenprüfungsberichte der TIG's an die Revisionskommission der ISOR e.V. Alle Halbjahresabrechnungen der TIG's waren vom Kassensprüfer mit unterzeichnet, jedoch haben nur 56,8 % der TIG's einen Prüfbericht für das 1. Halbjahr 2003 eingereicht.

Hervorzuheben sind von den übergebenen Prüfberichten u. a. besonders die Berichte der TIG's

- Berlin-Friedrichsfelde/Karlshorst
- Berlin-Hohenschönhausen
- Rostock
- Greifswald und
- Strausberg,

die in ihrer Aussage eine sehr gute Qualität aufweisen. Dies kommt insbesondere in der analytischen Darstellung der Ausgaben und konkret herausgearbeiteten Schlussfolgerungen zur weiteren Verbesserung der Finanzarbeit zum Ausdruck.

In diesem Zusammenhang verweist die Revisionskommission nachhaltig auf die Einhaltung der Festlegungen im Punkt 6.1 der Finanzordnung vom 26. 02. 2003 sowie Punkt 5 der Beitrags- und Spendenordnung vom 02. 01. 2002.

M. Krumbholz,
Vorsitzender der Revisionskommission

Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand eröffnete in seiner Beratung am 29.10. die Diskussion zur Erarbeitung grundsätzlicher Positionen hinsichtlich der Beschlüsse der Bundesregierung zur Renten- und Krankenversicherung. Im Mittelpunkt stand hierbei die Vorbereitung der in dieser Ausgabe veröffentlichten Presseerklärung. Die Diskussion wird nach Abschluss der weiteren Auswertung umfangreicher Materialien zur sog. Gesundheits- und Rentenreform fortgesetzt.

WIR TRAUERN UM UNSERE VERSTORBENEN MITGLIEDER

WERNER BAADE, Velden
 HANS-GÜNTHER BEHRENDT, Bln.-Lichtenbg.
 RICHARD BEIN, Berlin-Friedrichshain
 HELMUT BORUFKA, Berlin-Köpenick
 HARRY DIETEL, Neumark/Reichenbach
 TRAUGOTT ENGEL, Berlin-Friedrichsfelde
 GÜNTER ENGLER, Fürstenberg/Havel
 KÄTHE FELLMANN, Berlin-Hellersdorf
 REINHARD FLOSKY, Treuenbrietzen
 HELMUT GEISLER, Prora
 HERBERT GÖGGE, Bergen
 EDITH GOTTSCHALD, Leipzig
 WILLI GÜNTHER, Potsdam-Waldstadt
 WERNER HELAS, Berlin-Friedrichsfelde
 EBERHARD HENKE, Berlin-Friedrichsfelde
 ANNY HÖCHEL, Kelbra
 GÜNTER HOFFMANN, Guben
 HEINZ IVERT, Berlin-Marzahn
 GÜNTHER JERKE, Ziegenrück
 HEINZ JOST, Berlin-Hohenschönhausen
 MANFRED KEGEL, Berlin-Friedrichshain
 EKKEHARD KIRCHHOF, Schweinfurt
 GÜNTHER KIRSCH, Berlin-Marzahn
 ANTON KLEIN, Gera
 GERDA KLICKE, Potsdam Zentrum-Ost
 ALFRED KRIEGLSTEIN, Leipzig
 KÄTHI KÜHL, Berlin-Friedrichsfelde
 WILLI LEHMANN, Rostock
 DOROTHEA LOJEWSKI, Bln.-Prenzl. Berg
 CHARLOTTE MATTHIAS, Berlin-Treptow
 RUTH MITTENZWEI, Gera
 PETER NEUBERT, Marienberg/Zschopau
 RUDOLF NITZSCHE, Berlin-Köpenick
 HEINZ RICHTER, Leipzig
 DIETER SCHÖNE, Löbau
 KURT SCHEINER, Berlin-Prenzlauer Berg
 HORST SCHUMANN, Barchfeld
 HEINZ SCHWIEBUS, Dresden
 ERNA STEIN, Frankfurt/O.
 ALFRED STIER, Gera
 HORST-DIETER TEMME, Wolmirstedt
 WERNER WÄCHTER, Dresden

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 4.11.2003

Einstellung im Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
 Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr